

Beratungsunterlage

öffentlich	Gemeinderat	20.06.2023	Beratung und Beschlussfassung
------------	-------------	------------	-------------------------------

Organisatorische Veränderungen im Bereich der Kernverwaltung - Schaffung einer zusätzlichen Stelle im gehobenen Verwaltungsdienst - Beratung und Beschlussfassung

Im Rahmen einer ganztägigen Klausurtagung der Verwaltungsleitung mit den Amtsleitern wurden die aktuellen Rahmenbedingungen in der Verwaltungsarbeit intensiv aufgearbeitet. Hierbei waren u.a. als zentrale Ergebnisse festzuhalten:

Die Kernverwaltung bedarf einer **gezielten Personalentwicklung**. In der Zukunft wird der Wettstreit um Fachkräfte die Verwaltungen noch viel stärker beschäftigen als heute. Darüber hinaus sollte eine Strukturierung der einzelnen Ämter in **sinnvolle Sachgebiete** erfolgen, deren Aufgabenwahrnehmung noch stärker von innen und außen klar erkennbar und nachvollziehbar ist. Diese Grundlage liefert das 2017/2018 erstellte Gutachten der Fa. Heyder und Partner nur bedingt.

Für die seitherige Finanzverwaltung ist dabei folgende Struktur angedacht:

Sachgebiete

Liegenschaften/Forst

Finanzbuchhaltung

Steueramt, Eigene Abgaben und Steuern

Kasse

Haushalt, Beteiligungen, Gemeinde als Steuerschuldner

Personalamt

Der Finanzverwaltung sind in den vergangenen Jahren erhebliche **Sachbearbeitungsaufgaben** zugewachsen. Hier sind u.a. zu nennen:

Einführung Zweitwohnungssteuer (nach Erhöhung rd. 150 T€/a zusätzliche Einnahmen durch Steuer und rd. 100 T€/a zusätzliche Einnahmen durch FAG)

Grundsteuer (mehr Fälle und erheblicher Aufwand durch Grundsteuerreform)

Geplanter E-Rechnungsworkflow ab 01.10.2023 mit Übernahme der bisherigen dezentralen Struktur in der Finanzbuchhaltung (dadurch können andere Fachabteilungen entlastet werden, bzw. sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren)

Steuerthemen und TCMS (derzeit läuft Umsetzung 2b UStG. Aber Daueraufgabe! : strategische Ausrichtung (Vorsteuerabzug, Wertschöpfung, Umsetzung TCMS und Complianceregelungen mit Auswirkungen auf alle Finanzbereiche)

Übernahme der Finanzbuchhaltung von Spitalfonds (derzeit zusätzlich: Verwaltungsleitung nicht besetzt, Wirtschaftsplanung, Pflegesatzverhandlung durchgeführt, Unterstützung Jahresabschlüsse)

Übernahme Unterhaltungsmaßnahmen in allen Mietwohnungen vom Stadtbauamt

Deutlicher Ausbau von Zuschussantragstätigkeit (Wasser-, Abwasser, Bundesförderprogramme, Schulen usw.)

Forstabteilung (früher Stabstelle, derzeit erheblich im öffentlichen Fokus)

Südumfahrung – Flurneuordnungsverfahren kommissarische Übernahme von Stadtbauamt

Wohnungsbindungskartei (durch die aktuelle Drucksituation am Wohnungsmarkt ist dieser Bereich wieder sehr stark im Fokus des Landes)

Ausweitung Baulandpolitik

Im Gegensatz zu den anderen Ämtern der Rathausverwaltung wurden in der Finanzverwaltung in den vergangenen Jahren **keine** Stellenmehrungen durchgeführt. In den anderen Abteilungen der Stadtverwaltung sind in den letzten Jahren folgende Änderungen vorgenommen worden:

Hauptverwaltung + 2,8 Stellen

(Geschäftsstelle GR, Sachgebiet SUE, Sekretariat Ordnungsamt, Kulturamt, Ordnungsamt)

Stadtbauamt + 4,0 Stellen

(Hochbau, Vergabe, Gebäudemanagement, Klimaschutz)

Aus Sicht der Verwaltung wäre es daher insbesondere zur Schaffung der o.g. Strukturen im Sinne einer strategischen Personalentwicklung wichtig, die mittlere Führungsebene in der Finanzverwaltung zu stärken und **eine** zusätzliche Stelle im gehobenen Verwaltungsdienst (A 11) zu schaffen und auszuschreiben. Dies erscheint auch wichtig, um eine starke Verwaltungsstruktur zu etablieren, die auf die künftigen Herausforderungen des Marktes reagieren kann.

Die Stelle führt in der Summe zu **keiner Mehrung** im Verhältnis zu den seitherigen Stellen in der Gesamtverwaltung. Nach dem Prinzip „Stellenzuordnung erfolgt nach Aufgabenzuordnung“ kann die Stelle aufgrund von Aufgabenverlagerungen bei anderen Sachgebieten eingespart werden. Die entsprechenden Änderungen im Stellenplan werden im Rahmen der Beratungen für den Haushaltsplan 2024 redaktionell nachvollzogen.

Ob es gelingt eine solche Stelle zu besetzen ist aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation allerdings fraglich. Vergleichbare Kommunen suchen teilweise bereits mehrere Monate erfolglos nach ähnlichem Anforderungsprofil.

Darüber hinaus möchte die Verwaltung deutlich stärker in die Ausbildung und Entwicklung von Nachwuchsführungskräften einsteigen, um mittelfristige Personalwechsel ggf. auch aus dem eigenen Haus kompensieren zu können.

Auswirkungen auf den Klimaschutz (z.B. CO₂-Ausstoß/Energieverbrauch):

Erhebliche Reduktion ()	Geringfügige Reduktion ()	Keine (x)	Geringfügige Erhöhung ()	Erhebliche Erhöhung ()
-----------------------------	-------------------------------	----------------	------------------------------	----------------------------

Beschlussvorschlag

1. Der Gemeinderat nimmt von den dargestellten Organisationsüberlegungen Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stimmt der Schaffung und Ausschreibung einer zusätzlichen Stelle in der Finanzverwaltung bis zur Besoldungsgruppe A 11 (oder vergleichbar TVÖD) zu und ermächtigt die Verwaltung bei erfolgreicher Ausschreibung zu einer Stellenbesetzung.

